

Prof. Dr. Helmut Weber

Vortrag
gehalten am 23.6.2003
am Großbritannien-Zentrum der Humboldt-Universität zu Berlin
im Rahmen der 'Monday-Lectures' des Großbritannien-Zentrums
© 2003 / 2006 Helmut Weber

"Unterdrückte Nation oder Profiteur der Union? Schottlands Rolle im Vereinigten Königreich"

A. Einleitung

"Die gesamte Geschichte Schottlands seit seiner Absorption durch den englischen Staat ist eine Geschichte wirtschaftlicher Ausbeutung, politischer Unterjochung und nationaler, sprachlicher, linguistischer und kultureller Unterdrückung seines Volkes."

Soviel einerseits. Andererseits:

Die Schotten sind "aggressiv" und "engstirnig", "sie glauben, sie haben das moralische Recht, englisches Geld in den Norden zu saugen", "riesige Beträge der englischen Steuerzahler", "um es dafür zu verwenden, uns Engländer zu beleidigen".

Beide Äußerungen stammen aus jüngster Zeit. Das erste Zitat ist Teil eines Protestschreibens einer obskuren linken Gruppierung gegen die Immatrikulation eines Windsor-Prinzen an einer schottischen Universität¹, beim zweiten handelt es sich um Ausführungen eines namhaften englischen konservativen Politikers.²

Also wie nun, fragt sich der verwirrte Leser: Wird Schottland von den Engländern ausgebeutet oder ist es gerade umgekehrt, ist es England, das von den Schotten ausgesaugt wird? Jedenfalls in der Summe kann ja nur das eine oder das andere richtig sein, und das sollte sich doch in einer Zeit allumfassender Statistiken leicht aufklären lassen.

Bei näherer Betrachtung erweist sich die Aufgabe jedoch als schwieriger als gedacht. Zum einen finden sich für beide Thesen Belege, zum andern ist nicht jeder relevante Gesichtspunkt in gleicher Weise oder überhaupt quantifizierbar, mancher besonders signifikante, als symbolisch angesehene Aspekt ist vor allem psychologisch zu verstehen und entfaltet seine Wirkung vornehmlich auf der emotionalen Ebene.

Dennoch möchte ich nun eingangs ganz unsortiert ein paar der Zahlen und Daten durchaus unterschiedlichen Gewichtes nennen, die als Belege für die beiden konträren Thesen immer wieder genannt werden, nicht von den Autoren der Eingangszitate, aber in der allgemeinen Diskussion; nur je zwei Beispiele pro und contra – möglich wäre jeweils eine Litanei:

Also: Die Schotten werden benachteiligt, denn

- erstens: Wenn es um Steuern und Abgaben geht, sind die Schotten immer als erste an der Reihe, ob früher bei den Zöllen oder heute bei Poll Tax³ und Brückenmaut.⁴

- zweitens: Die Schotten erhalten nicht ihren fairen Anteil an den Einnahmen der Öl- und Gasförderung in der Nordsee; wären diese Gelder in den vergangenen 35 Jahren entsprechend den anteiligen Fördermengen zu 90 % in den Haushalt eines eigenen schottischen Staates geflossen, so lebten die Schotten gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im siebtreichsten Staat der Erde, statt immer noch die armen Vettern im Norden der Insel zu sein;⁵

Andererseits: Die Schotten werden bevorzugt, denn

- erstens: Durch die sogenannte Barnett-Formel für die territoriale Aufgabenteilung des Staates und durch andere Mechanismen wird ein System praktiziert, das Schottland in den vergangenen Jahrzehnten permanent bevorzugte, weil es dazu führte, dass pro Kopf der schottischen Bevölkerung ein höherer Anteil der Gesamtsteuergelder ausgegeben wird als pro Kopf der englischen Bevölkerung; im Finanzjahr 1999 beispielsweise lag der Pro-Kopf-Anteil der regional zuordenbaren Staatsausgaben des Vereinigten Königreichs für Schotten bei 118 % und für Engländer bei 96 % des Durchschnitts;⁶

- zweitens: Schottland ist im britischen Unterhaus deutlich, nämlich um rund 20%, überrepräsentiert; es stellt 72 Abgeordnete, obwohl ihm nach seiner Bevölkerungszahl gemessen an der Zahl der Abgeordneten englischer Wahlkreise nur 57 MPs zustünden.

Zur Einordnung solcher disparater Einzelfakten ist es hilfreich, zunächst das Verhältnis Schottlands und Englands zueinander und die Entwicklung dieses Verhältnisses etwas näher zu betrachten.

B. Der Weg zur Union und ihre Verwirklichung

Die Union von England und Schottland vollzog sich bekanntlich in zwei Schritten: eine Personalunion in der Person des Monarchen anfangs des 17. Jahrhunderts und die Realunion mit der Fusion der beiden Staaten, einschließlich ihrer Parlamente und Regierungen, hundert Jahre später, anfangs des 18. Jahrhunderts.

Werfen wir also zunächst einen Blick jeweils auf die Situation vor diesen beiden Schritten und auf die Ereignisse, die zu ihnen führten.

I. Die Personalunion 1603

Vor 400 Jahren, um das Jahr 1600, standen sich auf der britischen Hauptinsel zwei Staaten gegenüber, England und Schottland. Diese zwei Staaten umfassten, in moderner Terminologie, drei Nationen, nämlich Engländer, Waliser und Schotten. Auch heute besteht Großbritannien aus diesen drei Nationen, so scheint die Aussage trivial zu sein. Rückblickend betrachtet ist es aber durchaus einen kurzen Gedanken wert, dass es keineswegs selbstverständlich war, dass die Dutzende von angelsächsischen und keltischen Kleinkönigreichen und Fürstentümern, die dänischen Siedlungsgebiete, die Territorien der Pikten und der Wikinger, wie sie etwa um die Zeit der ersten Jahrtausendwende bestanden, sich gerade in dieser Weise, also in zwei Staaten und drei Nationen, konsolidieren würden.

Die Entstehung von zwei Staaten mag mancherlei Ursachen haben; man mag darin sogar eine Fortwirkung der Teilung der Insel in die römische Provinz Britannia einerseits und andererseits das Gebiet sehen, das dem Imperium Romanum nicht angehörte. Oder, wenn man eine solche Langzeitwirkung für unwahrscheinlich hält, doch für eine Fortwirkung der Umstände, nicht zuletzt der topographischen, die schon in römischer Zeit zur politischen und militärischen Zweiteilung geführt hatten. Warum aber dann drei Nationen? Warum nicht nur zwei, entsprechend der staatlichen Entwicklung? Oder, wenn der keltisch-germanische Gegensatz dafür zu stark war, warum dann nicht vier Nationen, je eine keltische und eine germanische im Nordstaat wie im Südstaat? Im Südstaat hatte sich eine englische und eine walisische Identität schon relativ früh gebildet; dabei ist es dann auch geblieben – Offa's Dyke ist insoweit bis heute nicht überwunden. Im Nordstaat ist die Nationbildung langsamer verlaufen als im Süden, war dafür aber inklusiver und umfasste schließlich, trotz aller Gegensätze zwischen Lowlands und Highlands, alle der zuletzt sechs Bevölkerungsgruppen in einer gemeinsamen Identität als Schotten.⁷

Vor 400 Jahren also existierte Schottland in diesem Sinne als Nationalstaat, ein unabhängiges Königreich. Kein sehr bedeutender Staat, schon gar kein reicher, aber ein als solcher anerkannter eigenständiger Mitspieler im Konzert der christlichen Mächte Europas. Engländerseits ist dies, je nach politischer Opportunität, immer wieder einmal bestritten und die Souveränität Schottlands in Zweifel gezogen worden. Als Argument wurde angeführt, die schottischen Könige seien im Mittelalter nur Vasallen der englischen Könige gewesen. Richtig ist, dass mehrere schottische Könige englischen Königen gehuldigt und sie als ihre Lehnsherren anerkannt haben. Dies gilt etwa für den schottischen König Wilhelm den Löwen gegenüber Heinrich II. von England. Aus dem persönlichen Lehnseid der Könige staatsrechtliche Folgerungen im modernen Sinne abzuleiten, verkennt jedoch das Wesen des mittelalterlichen westeuropäischen Feudalismus. Das Lehensband war ein gegenseitiges Treueband, das den Lehnsmann zu Diensten, insbesondere Kriegsdiensten, für den Lehnsherrn verpflichtete; im Gegenzug erwartete der Lehnsmann Schutz und Unterhalt, letzteres vor allem durch die Belehnung mit Land. Es war ein persönliches Band, das mit dem Tod des einen wie des anderen endete und mit den Erben oder sonstigen Nachfolgern individuell erneuert werden musste, sollte es fortgelten. Die englische und die schottische Oberschicht waren schon in später angelsächsischer und mehr noch in normannischer Zeit in erheblichem Maße untereinander verwandt und verschwägert, oft mit verstreuten Einzellehen in beiden Ländern. Dieses Beziehungsgeflecht umfasste aber nicht nur England und Schottland; vielmehr gehörte der Adel beider Länder einem übernationalen Netzwerk feudaler Abhängigkeiten an, einem, wie es ein Historiker genannt hat⁸ "feudalen Commonwealth lateinischer Christenheit", dessen Zentrum im 12. Jahrhundert weder in Schottland noch in England, sondern auf dem Kontinent lag. Die staatliche Eigenständigkeit Schottlands wegen des Lehenseides etwa Wilhelms des Löwen gegenüber Heinrich II. zu verneinen, müsste in der Konsequenz ebenso zur Verneinung der Eigenstaatlichkeit Englands führen, denn derselbe Heinrich war seinerseits Lehnsmann des französischen Königs Ludwig VII. Der letzte englische König, der einem französischen König als seinem Lehnsherrn huldigte war erst Eduard III., zwei Jahrhunderte später.

Vor 400 Jahren also, um zu diesem Ausgangspunkt zurückzukehren, zu Beginn des Jahres 1603, regierte in Schottland Jakob VI aus dem Hause Stewart, 36 Jahre alt, König seit seinem 2. Lebensjahr. In England regierte, schon 44 Jahre auf dem Thron, die nun 69jährige Tudor-Königin Elisabeth. In London schrieb man allerdings noch das Jahr 1602 – in England wurde der Neujahrsbeginn zum 1. Januar, anders als in Schottland, erst zusammen mit dem gregorianischen Kalender, rund 150 Jahre später, eingeführt⁹. So begann das Jahr 1603 im Süden der Insel erst an Mariä Verkündigung, am 25. März, einen Tag nach Elisabeths Tod.

Beide Staaten sahen sich erheblichen Problemen gegenüber. Schottland hatte die Unabhängigkeitskriege gegen England im 13. und 14. Jahrhundert unter gewaltiger Kraftanstrengung zwar, anders als Wales, erfolgreich überstanden, war danach aber ein stark geschwächtes, ja erschöpftes Land, und die weiterhin andauernden Grenzkriege mit England sowie eine nicht immer glückliche und zuweilen - man denke an die Niederlage 1513 bei Flodden - verheerende Bündnispolitik mit Frankreich trugen nicht zur Besserung bei; machtpolitisch wie ökonomisch gesehen geriet Schottland zusehends ins Hintertreffen.

Die englische Position zu dieser Zeit war unvergleichlich stärker. Kulturell stand das Land in Blüte – Shakespeare brachte gerade ein Drama nach dem anderen auf die Bühne. Machtpolitisch war das Land im Aufstieg begriffen – das englische Kolonialreich, das erste Empire war im Entstehen – aus den nebligen Inseln am kühlen Nordwestrand Europas trat erstmals ein 'global player' langsam hervor, der den etablierten Großmächten wie Spanien Paroli bot. All dies deckt sich mit unserer Vorstellung von den Tudor-Herrschern. Wir haben Holbeins Bild Heinrichs VIII. vor Augen oder Gowers Portrait Elisabeths: kraftvolle Typen, durchsetzungsstark, erfolgreich. In mancherlei Hinsicht stellen die Tudors die eindrucksvollste der englischen Dynastien dar. Was ihnen jedoch fehlte, war die aus dynastischer Sicht wichtigste Eigenschaft überhaupt: die Fertilität. Ob dies, wie manche meinen¹⁰, ab der zweiten Generation an der gerade aus Amerika importierten Syphilis lag, ist heute nicht mehr aufzuklären. Jedenfalls aber brachte es Heinrich VIII. in sechs Ehen nur auf drei lebensfähige Kinder, die ihrerseits sämtlich kinderlos blieben. Elisabeth war die letzte dieser drei, und die Thronfolgefrage wurde, je länger je mehr, zum zentralen Problem ihrer Regierungszeit.

Was den Tudors fehlte, die Nachkommen, das hatten die Stewarts, verlässlich von Generation zu Generation. Es war die einzige Trumpfkarte der ansonsten armen Verwandten im Norden, und recht nahe Verwandte, nämlich allesamt Abkömmlinge Heinrichs VII., waren zu dieser Zeit die Tudors und die Stewarts. Überlagert von der Politik der Großmächte und von den heftigen religiösen Gegensätzen von Katholiken und Protestanten, von Episkopalen und Presbyterianern, war dies für die Stewarts ein hochriskantes Spiel – Maria Stuart hat es das Leben gekostet. Aber nach jahrzehntelangem dynastischem Schach mit immer wieder neuen komplizierten Zügen waren die wesentlichen Weichen zugunsten Jakobs, des Sohnes der Maria Stuart, nun gestellt, maßgeblich übrigens durch Elisabeths langjährigen Minister Lord Burghley, dem Stammvater der bis in die Gegenwart einflussreichen Familie der Cecils, von deren heutigem Repräsentanten Lord Cranborne der eingangs zitierte Satz von den die englischen Steuergelder in den Norden saugenden Schotten stammt, die er "wenn sie ohnehin gehen wollen, als erster aus dem Vereinigten Königreich hinauswerfen würde"¹¹.

Jakob VI. war keine charismatische Figur, kein dominanter Charakter, aber eine durchaus interessante Person.

In einer Zeit, in der es an religiösen Fanatikern auf allen Seiten nicht mangelte, zählte er zu den Gemäßigten, mit dem Versuch einen konsequent protestantischen, aber vergleichsweise toleranten Kurs zu steuern.

Er beherrschte mehrere Sprachen – ein auffälliger Gegensatz zu anderen englischen und britischen Monarchen, die nur englisch (oder auch nur französisch oder nur deutsch) sprachen.

Er förderte die Literatur und das Theater und schrieb selbst Gedichte – ihre literarische Qualität ist umstritten, und als Jurist maße ich mir dazu kein Urteil an. Ich halte es aber schon für bemerkenswert genug, dass er überhaupt Gedichte schrieb, wiederum im Gegensatz zu vielen seiner Vorgänger und Nachfolger, deren persönliche Interessen über Jagd und Pferde

nicht hinausgingen.

Die Sprache seines Hofes in Edinburg war das Lallans oder Scots, heute, soweit es überhaupt noch gesprochen wird, ein Dialekt des Englischen, der Regionaldialekt der schottischen Lowlands. Vor 400 Jahren stand Scots neben Englisch; es gab zwei Standardformen der Sprache, die wir jetzt insgesamt nur noch Englisch nennen, beide mit hochsprachlicher Ausprägung, als Schrift- und Literatursprache. Scots hatte sich in diesem Sinne einer Standardform sogar etwas früher (gegen 1350) gebildet als das Standardenglisch im Süden (gegen 1400), wo der sprachliche Einfluss der französisch sprechenden Normannen stärker war und länger anhielt.

Nun, am Jakobstag 1603, genau vier Monate nach dem Tod Elisabeths, wurde er in London zum König auch von England, von Irland und - nominell - von Frankreich gekrönt. Das alte Ziel der Stuarts war erreicht. Jakob, jetzt Jakob VI. und I. und I., war sich jedoch der Fragilität bloßer Personalunionen wohl bewusst. Er strebte die Union auch der beiden Staaten England und Schottland an und wurde sofort aktiv.

Das Wort 'Großbritannien' war im geographischen Sinne schon zuvor verwendet worden, kaum aber im politischen Sinne. Jetzt griff Jakob die Bezeichnung auf und proklamierte sich selbst per Dekret als König von "Großbritannien, Frankreich und Irland", befahl für alle englischen und schottischen Schiffe die Verwendung einer einheitlichen Flagge, des bald nach ihm so genannten Union Jack, und begann von Süd- und Nordbritannien statt von England und Schottland zu sprechen. Gleich in seinem ersten Londoner Regierungsjahr legte er dem englischen Parlament den Plan zur unverzüglichen Schaffung einer staatlichen Union vor und forderte als erste Maßnahmen die Aufhebung der existierenden Feindstaatengesetzgebung, die Einführung des Freihandels und die Einbürgerung der in England ansässigen Schotten. Das Parlament in London war nur mäßig begeistert und tat, was uns auch heutzutage in solchen Fällen nicht unvertraut ist, es setzte eine gemischte Kommission ein, und die ließ sich erst einmal viel Zeit. Die öffentliche Meinung in England stand dem Vorhaben in wachsendem Maße ablehnend gegenüber. Man hatte Angst, nach Aufhebung der Grenzen würden die Schotten in Massen einfallen und London überschwemmen, das gute alte englische Common Law würde verloren gehen und ähnliches mehr. In Schottland verhielt sich das Parlament genau so zögernd. Man fürchtete wie immer, von den Engländern übervorteilt zu werden. Der König machte noch einige weitere Vorstöße, aber letztlich verlief das Projekt im Sande, umgesetzt wurde fast nichts davon.

Andererseits brach aber die Personalunion, obwohl es mehrfach leicht dazu hätte kommen können, auch nicht auseinander. Das ganze turbulente 17. Jahrhundert hindurch blieb es dabei: über Bürgerkrieg, Cromwell-Diktatur und Stuart-Restauration, über den Staatsstreich von 1688 namens 'Glorious Revolution' und dem Übergang der Krone auf Wilhelm von Oranien – England und Schottland teilten sich die selben Herrscher, blieben aber, von einigen Jahren unter Cromwell abgesehen, zwei Staaten..

Machen wir daher einen Jahrhundertsprung nach vorn, aus dem Jahre 1603 ins Jahr 1703. Wie kam es nun doch binnen kurzer Zeit zur Realunion?

II. Die Realunion 1707

1. Die Vorgeschichte

Aus der Sicht vieler Schotten hatte das Jahrhundert der Personalunion nichts Positives gebracht und hatte die Personalunion sich nicht bewährt.

Die heftigen religiösen Konflikte in Schottland wurden noch komplizierter, weil die nun in England ansässigen Monarchen dazu neigten, auch für Schottland eine Episkopalkirche als Staatskirche nach dem Muster der anglikanischen durchsetzen zu wollen, obwohl die Mehrheit der Schotten verschiedenen Spielarten des Presbyterianismus anhing.

Militärisch wurden die Schotten nach außen in die Händel der Engländer auf dem Kontinent einbezogen; sie wurden für die Kriegsführung heftig besteuert und hatten die Last der Kämpfe oft überproportional zu tragen. In der verlustreichen Schlacht von Steinkeerke gegen die Truppen Ludwigs XIV von Frankreich beispielsweise waren acht der zwanzig britischen Bataillone solche aus Schottland.¹² Auf der Insel selbst waren die Schotten tief in die mörderischen Kämpfe des irreführenderweise so bezeichneten 'englischen Bürgerkriegs' verstrickt; der König, um dessen Schicksal es unter anderem ging, war ja auch schottischer König, und es standen schottische Truppen auf Seiten der Royalisten wie auf Seiten ihrer Gegner. Herrschte jedoch Frieden in und mit England, so flackerten in Schottland selbst mit steter Regelmäßigkeit Aufstände, Unruhen und bewaffnete Fehden auf, und die Herrscher im fernen London waren zu schwach oder zu desinteressiert, um den inneren Frieden in Schottland zu erzwingen.

All dies wäre vielleicht in Kauf zu nehmen gewesen, hätte die Personalunion ökonomischen Nutzen gebracht und den Lebensstandard der Schotten merklich erhöht. Gerade dies war aber nicht geschehen. Die hohen englischen Einfuhrzölle gegenüber dem als Ausland behandelten Schottland hielten die schottische Exportwirtschaft ebenso zurück wie die englischen Navigation Acts den schottischen Seehandel.

Die Personalunion schien vielen daher nur Nachteile und keine Vorteile zu bringen. Die daraus zu ziehenden Folgerungen waren jedoch unklar: War die Personalunion zu viel oder war sie zu wenig? Sollte sie aufgelöst oder im Gegenteil zur Realunion verstärkt werden? Beide Positionen hatten ihre Anhänger in Schottland.

Der entscheidende Druck, wie wir wissen hin zur Realunion, kam jedoch nicht aus Schottland, sondern jetzt, hundert Jahre nach dem Scheitern der Pläne Jakobs im englischen Parlament, just aus diesem. An Schottland oder den Schotten hatte man zwar immer noch nicht mehr Interesse als damals, aber die politische Lage hatte sich verändert.

Den in England inszenierten Übergang der Stuart-Krone auf Wilhelm von Oranien und seine Frau Maria hatte Schottland gegen den Widerstand seiner Jakobiten noch akzeptiert – immerhin war Maria eine Tochter und Wilhelm ein Enkel von Stuart-Königen. Nun aber zeichnete sich ab, dass England schon wieder in der dynastischen Sackgasse steckte, diesmal gemeinsam mit Schottland. Die Ehe von Wilhelm und Maria war kinderlos geblieben und alle Kinder von Marias Schwester und Nachfolgerin Anna waren gestorben. Man musste sich also Gedanken machen, wie es weiter gehen sollte. Aus Sicht der Whig-Oligarchie in London hatte man mit Wilhelm einen guten Griff getan gehabt: Als Stuart von der Mutterseite her war er auch für die Traditionalisten einigermaßen akzeptabel; er war Protestant, zwar Calvinist, aber kein eifernder; und als Ausländer, der sich in den Details der englischen Angelegenheiten nicht besonders auskannte und meist außer Landes war, störte er die Politiker in London nicht allzu sehr bei der Politik. Es ging also darum, einen möglichst ähnlichen Ersatz zu finden und durchzusetzen.

Mit dem späteren König Georg I. aus dem Hause Hannover gelang das auch ganz gut: Die Spin Doctors der Zeit konnten ihn zur Not noch als Stuart verkaufen – er war mütterlicherseits ein Urenkel Jakobs VI; als Lutheraner war er ein gemäßigter Protestant; und er war Ausländer, der noch nicht einmal Englisch sprach. Mit dem Act of Settlement des englischen Parlaments war die Thronfolge der Hannoveraner in England gesichert, aber ob die Schotten

auch hier wieder mitgehen würden, war keineswegs ausgemacht. Von der Hauptlinie der Stuarts ausgehend stand Georg von Hannover erst an 58. Stelle der Thronfolge, das heißt, mit seiner Krönung wurden 57 eigentlich besser berechnete Personen beiseite geschoben. Und die Nr. 1 auf dieser Liste lebte im französischen Exil und hatte in Schottland durchaus noch Anhänger. England steckte mitten im Spanischen Erbfolgekrieg, das heißt im Krieg vor allem gegen Frankreich, die militärisch bedeutendste Einzelmacht der Zeit, und Frankreich hatte diese Nummer 1 der Stuarts als rechtmäßigen Herrscher anerkannt. Schottland stand zu der Zeit am Rande des finanziellen Ruins. Eine Kombination aus alter Stuart-Loyalität in Schottland einerseits und französischen Unterstützungszahlungen an das verarmte Land andererseits könnte, so die Furcht in London, zu einem frankreich-freundlichen schottischen König und letztendlich zu einem Kriegsbeitritt Schottlands gegen England führen und damit zu einer Verlagerung des bisher auf dem Kontinent geführten Krieges nach England selbst.

Vor diesem Hintergrund ging es nun in London sehr schnell, wobei mit Zuckerbrot und Peitsche gearbeitet wurde.

Das Zuckerbrot war die Inaussichtstellung des Freihandels für Schottland und die Behandlung schottischer Schiffe als inländische im Sinne der Navigation Acts. Die Peitsche war der Aliens Act, den das englische Parlament noch rasch erließ. Nach diesem Gesetz wäre die Einfuhr schottischer Waren nach England nahezu gänzlich verboten worden, und dies zu einer Zeit, zu der auch Schottlands alter Handelspartner Frankreich wegen des andauernden englischerseits betriebenen Krieges als Exportmarkt ausfiel. Als besondere Spitze enthielt der Aliens Act noch ein Erbverbot englischer Grundstücke für Schotten. Das zielte treffsicher auf die im schottischen Parlament tonangebenden Adligen, von denen viele Grundstücke in England besaßen.

Das schottische Parlament stimmte schließlich der Aufnahme von Verhandlungen zu, wobei die Mitglieder der Verhandlungsdelegation nicht vom Parlament bestimmt, sondern von Königin Anna berufen wurden, einer Befürworterin der Union.

2. Der Unionsvertrag

Wunschziel der schottischen Seite war eine Art von föderaler Struktur für das zu gründende Großbritannien; dies lehnte die englische Seite kategorisch ab. Als Kompromiss wurde aber der Fortbestand des schottischen Rechtssystems, des schottischen Bildungssystems und der schottischen presbyterianischen Kirche festgeschrieben. Das war schon ein gewisser Verhandlungserfolg: Bei früheren englischen Vorstößen zur Eingliederung Schottlands in den englischen Staat, etwa 1305 in den "Ordinances for the Establishment of the Land of Scotland" Eduards I., also 'Longshanks', bekannt aus dem Film 'Braveheart', hätte auch das Recht komplett durch englisches ersetzt werden sollen, so wie bei der Eingliederung von Wales nach England.¹³ Condicio sine qua non war für die schottische Seite der Freihandel, für die englische Seite die Anerkennung des Thronübergangs auf die Hannoveraner. Beides war klar und rasch geregelt. Dazuhin sollte Schottland eine Einmalzahlung von etwa 400.000 englischer Pfund erhalten, eine erhebliche Summe, nominell zum Ausgleich für den künftigen Anteil Schottlands an der Staatsschuld, die England in die Union einbringen würde. Ein Misserfolg für die Schotten war die Festlegung der Kräfteverhältnisse im künftigen britischen Parlament. Im Oberhaus sollten alle englischen Peers einen Sitz haben, aber nur 16 der schottischen. Und ins Unterhaus sollten die Schotten nur 45 Abgeordnete entsenden dürfen, obwohl es nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahlen doppelt so viele hätten sein müssen. Weitere Vereinbarungen betrafen Wirtschafts- und Steuerangelegenheiten sowie Ausnahme- und Übergangsregelungen. Nach nur drei Monaten waren die Verhandlungen abgeschlossen

und die 25 Artikel des Vertragstextes ausformuliert.

Sieht man von dem freilich erheblichen demokratischen Defizit der Unterrepräsentation Schottlands im britischen Parlament einmal ab, wirkt der Vertragstext aus heutiger Sicht nicht ausgesprochen einseitig oder unfair. Die schottische Öffentlichkeit des Jahres 1706 sah das allerdings ganz anders. Nach Veröffentlichung des Textes war das Land in Aufruhr. In Edinburg musste die Garnison der Burg zu Hilfe gerufen werden, um Tumulte zu beenden. In Glasgow hielten Aufständische die Stadt einen Monat lang besetzt; der Bürgermeister versteckte sich in einem Schrank.¹⁴ Protestpetitionen gingen aus allen Teilen des Landes ein. An der Grenze zu Schottland wurden englische Regimenter zusammengezogen, um notfalls eingreifen zu können. Daniel Defoe, der nachmalige Autor des Robinson Crusoe und zu der Zeit als Spion der englischen Regierung in Edinburg, kommentierte später, "eine Union mit weniger gegenseitiger Zuneigung" habe es noch nie gegeben.¹⁵

3. Die Unionsgesetze

Dass der Vertrag im schottischen Parlament dennoch ziemlich rasch und mit einer Mehrheit von 61 % der Stimmen ratifiziert wurde, ist hauptsächlich aus zwei Umständen zu erklären.

Zum einen war allen Beteiligten klar, dass England sich, je nach Verlauf des Krieges auf dem Kontinent, mit Gewalt holen könnte, was es nicht freiwillig bekam, und zwar dann ohne Konzessionen bei Handel und Finanzen. In Schottland standen zu der Zeit nicht mehr als 3000 Mann Soldaten zur Verfügung, die Kriegsmarine bestand aus zwei Fregatten, eine an der Ostküste und eine an der Westküste, und das Staatssäckel war leer. Einer ernsthaften militärischen Aktion Englands hätte Schottland nicht widerstehen können.

Der zweite Hauptgrund lag in den anhaltenden Folgen des Fiaskos des schottischen Darien-Projektes. In Deutschland ist davon selten die Rede. Selbst im 25-bändigen Meyers Enzyklopädischem Lexikon oder im zweitausend Seiten starken Großen Plötz zur Weltgeschichte wird es nicht einmal erwähnt. Für Schottland war es eine der größten Katastrophen seiner Geschichte. Es handelt sich um das desaströse Kolonial-Abenteuer Schottlands in den letzten Jahren des 17. Jahrhunderts.

Der schottischen Wirtschaft ging es schlecht. Der Außenhandel lag darnieder. Wie schon erwähnt verlangte England hohe Schutzzölle. Frankreich und andere Länder auf dem Kontinent waren wegen Wilhelm von Oraniens Kriegen nicht erreichbar. Die wachsende Zahl englischer Kolonien kamen wegen der englischen Navigation Acts für den Handel nur eingeschränkt in Betracht. Man fühlte sich in Schottland zunehmend ein- und von der Welt ausgesperrt. Hinzu traten eine Folge von Missernten in der Landwirtschaft und eine sprunghaft angestiegene Besteuerung zur Finanzierung des Krieges gegen Frankreich. So wurde der Gedanke immer stärker, Schottland benötige eigene Handelsstützpunkte und Kolonien. 1695 wurde deshalb auf der Grundlage eines Parlamentsgesetzes eine schottische Handelskompagnie nach Art etwa der englischen Ostindien-Kompagnie gegründet, und es wurden Anteile zur Zeichnung ausgeschrieben. Ursprünglich geplant war ein schottisch-englisches Gemeinschaftsunternehmen mit je hälftiger Kapitalaufbringung in Edinburg und London. In London gab es anfänglich erhebliches Interesse, sowohl bei Kapitalanlegern als auch bei Händlern, das Monopol der Ostindien-Kompagnie zu brechen. Diese hatte jedoch genügend politischen Einfluss, die englischen Beteiligten an dem Projekt zum Rückzug zu zwingen und via König Wilhelm auch die Geldaufnahme in Hamburg, den Erwerb von Schiffen in Holland und die Unterstützung durch englische Kolonien zu verhindern.¹⁶ So blieb das Ganze ein rein schottisches Unternehmen, das dennoch auf ganz erstaunlichen

Enthusiasmus stieß. Die Liste der Aktionäre liest sich wie ein Who is Who der damaligen schottischen Gesellschaft, aber auch Städte, Gilden, Vereinigungen zeichneten Anteile. Alle wollten dabei sein. Die heutigen Schätzungen gehen auseinander, ob es sich bei dem Kapitalbetrag um ein Viertel oder gar um die Hälfte des gesamten liquiden Volksvermögens handelte.¹⁷

Nun wurden Schiffe ausgerüstet, Kolonisten angeworben und es fiel die Entscheidung für die Landschaft Darien am Isthmus von Panama, heute die Grenzprovinz des Staates Panama zu Kolumbien, als Ziel des Unternehmens. In gewissem Sinne war dies eine exzellente Wahl. Wäre es gelungen, dort, an einer der schmalsten Stellen Mittelamerikas eine zuverlässige Landverbindung von Küste zu Küste einzurichten und zu kontrollieren, wäre der Atlantikhandel mit dem Pazifikhandel verbunden und 200 Jahre vor dem Bau des Panama-Kanals die lange und gefährliche Fahrt um Südamerika oder um Afrika herum entbehrlich; es wäre eine der zentralen Stellen des Welthandels geworden. Voraussetzung dafür wären ausreichende Ressourcen und ein langer Atem gewesen – auch anderswo, etwa bei der englischen Ansiedlung in Virginia, war erst der dritte Anlauf erfolgreich. Aber diesen langen Atem hatte Schottland nicht, und von Anfang an ging alles schief: Krankheiten, unaufhörlicher tropischer Regen, unzureichende Ausrüstung, Hunger, innere Zwistigkeiten, Verlust von Schiffen und schließlich Attacken der Spanier, die das Gebiet wider Erwarten beanspruchten, führten letztendlich zur Aufgabe der Kolonie. Die Gouverneure der englischen Kolonien von Massachusetts bis Jamaica hatten die Anweisung aus London, keinerlei Hilfe zu leisten, und so kämpften sich die Überlebenden auf wenigen kaum mehr seetüchtigen Schiffen so gut es ging aus eigener Kraft wieder nach Schottland durch. An die 3000 Menschen hatten das Abenteuer begonnen, keine 300 kehrten zurück.¹⁸ Mehr Menschen waren umgekommen, als in der heute im schottischen Volksgedächtnis auf der Liste der nationalen Katastrophen ganz oben stehenden Schlacht von Culloden beim letzten Aufstand der Jakobiten.¹⁹

Der ganze Vorgang brachte nicht nur Leid, Frustration und enormen Vermögensverlust, sondern führte auch zu Verbitterung in der schottischen Öffentlichkeit über die englische Regierung und König Wilhelm von Oranien. Viele führten das Scheitern des Unternehmens auf die englische Obstruktionspolitik zurück und waren besonders empört über die Verweigerung englischer Hilfe selbst noch für die erschöpften Überlebenden der Kolonie nach deren Aufgabe

Aus der Sicht von König Wilhelm war das schottische Unternehmen demgegenüber ein Störfaktor zur Unzeit. Bei Gründung der schottischen Kompagnie befand er sich in einem schwierigen Krieg gegen Frankreich. Mit Spanien herrschte gerade Frieden, und das letzte, was er brauchen konnte, waren Aktivitäten seiner Untertanen, die Spanien womöglich ins französische Lager treiben konnten. Etwas später ging es dann um die heikle spanische Erbfolge und wiederum waren zusätzliche Spanien betreffende Komplikationen für Wilhelm alles andere als willkommen. So ist Wilhelms Bemühen, sich so weit und so deutlich wie möglich von dem schottischen Projekt zu distanzieren, durchaus nachvollziehbar. Die schottische Öffentlichkeit vermutete jedoch einen ganz anderen Hintergrund der englischen Maßnahmen, nämlich die gezielte Schädigung eines potentiellen Handelskonkurrenten sowie eigene englische Ambitionen auf das strategisch gelegene Darien. Erst viel später wurden die Dokumente zugänglich, aus denen hervorging, dass man in englischen Regierungskreisen zu der Zeit in der Tat selbst ein Auge auf Darien geworfen hatte,²⁰ aber für die schottische Öffentlichkeit waren die Gerüchte und Spekulationen schon ausreichend für eine erhitzte anti-englische Stimmung.

Diese Vorgeschichte erklärt die Unruhen und Aufstände in Schottland während der

parlamentarischen Beratung des Unionsvertrages. Sie ist aber zugleich einer der Gründe für die rasche Zustimmung des Parlaments. Der Vertragstext sah nämlich nicht nur die Festlegung des Betrages der Ausgleichzahlung für den schottischen Anteil an der künftigen britischen Staatsschuld vor, sondern auch die Art der Verwendung des Geldes und eine der vorgesehenen Hauptverwendungen war die Rückzahlung der Einlagen in die schottische Handelskompagnie vor Liquidierung derselben. Nicht wenige der schottischen Parlamentarier gehörten selbst zu den Aktionären und die anderen hatten Verwandte oder Freunde, für die das galt. Neben dieser Aussicht auf Einlagenrückzahlung dürften die direkten Bestechungsgelder an einzelne Parlamentsmitglieder, die Namen der Empfänger sind heute bekannt²¹, sogar die geringere Rolle gespielt haben.

Am 16. Januar 1707 wurde der Unionsvertrag per Gesetz als 'Union with England Act' gebilligt²² und wenig später fand in melancholischer Stimmung die letzte Sitzung des schottischen Parlamentes statt. Der schottische Kanzler Lord Seafield soll die Sitzung mit den Worten beendet haben: "Now there's ane end to an auld sang".²³ Weniger sentimental und ganz geschäftsmäßig vollzog sich die Ratifikation des Unionsvertrages, hier als 'Union with Scotland Act', im englischen Parlament. Es geschah in der Sitzung vom 6. März und auf der Tagesordnung standen neben dem Unionsgesetz, das den ganzen Staat als solchen auflösen sollte, unter anderem die Reparatur der Straße zwischen den Dörfern Hockcliffe und Woodborne in der Grafschaft Bedford oder die Einbürgerung des Philip van den Enden, einem Kaufmann.

In England rechnete man den 6. März auch Anfang des 18. Jahrhunderts noch zum Vorjahr, so dass das zeitlich frühere schottische Gesetz die spätere Jahreszahl 1707 trägt, das zeitlich spätere englische Gesetz hingegen die frühere Jahreszahl 1706 – ein Umstand, der zuweilen selbst Historiker verwirrt und zu irrigen Folgerungen verleitet, was die Interpretation der Abfolge der Ereignisse anbetrifft.²⁴

Mit Wirkung vom 1. Mai 1707 – der Mai zählte in beiden Teilen der Insel zum neuen Jahr – existierte nun der neue Staat Großbritannien an Stelle der beiden alten Staaten England und Schottland.

4. Zufälliger oder notwendiger Schritt?

Da die geschichtliche Betrachtung naturgemäß aus der Gegenwart heraus erfolgt und das Gegenwärtige als das Langgewohnte leicht auch als das Selbstverständliche erscheint, so als hätten die Geschehnisse der Vergangenheit zwangsläufig zu dieser Gegenwart führen müssen, erscheint heute auch die Existenz von Großbritannien als ganz selbstverständlich, als Ergebnis einer Entwicklung das sich früher oder später so einstellen musste. Wenn man das so sieht, sind die Einzelheiten zu Zeitpunkt und genauen Umständen letztlich unerheblich. Ich habe die Einzelheiten aus den Jahren vor der Union so ausführlich vorgetragen, weil ich die umgekehrte These vertreten will: Nichts war Selbstverständlich und das Gleiche hätte keineswegs ohne weiteres auch früher oder später passieren können.

Vor 1705 waren die englischen führenden Kreise an einer Realunion einfach nicht interessiert; wiederholt hatten sie bei entsprechenden Vorstößen der Monarchen diesen die kalte Schulter gezeigt. Und spätestens im Jahre 1710 mit dem Regierungswechsel von den Whigs zu den Tories und einer auf Frieden mit Frankreich gerichteten Außenpolitik wäre das englische Interesse an einer Union mit Schottland wohl wieder erloschen gewesen. So kurz war das Zeitfenster, das in England für eine Union offen stand, und just zu dieser Zeit befand sich Schottland wirtschaftlich am Boden und hatte nach dem Darien-Fiasko eine finanziell

ausgeblutete und im Selbstbewusstsein erschütterte Oberschicht, für die die Union eine wie vom Himmel gesandte plötzliche Lösung der momentanen Probleme darstellte. Natürlich ist es möglich, dass sich auch später wieder solche Fenster aufgetan hätten. Aber es ist doch eher unwahrscheinlich, jedenfalls was die schon einigermaßen angelegte Zukunft anging. Im Jahre 1703 hatte das schottische Parlament per Gesetz einen bedingten Vorratsbeschluss gefasst gehabt, wonach nach dem Tode von Königin Anna die Personalunion aufgelöst werden sollte. Die langfristigen Zeichen hatten eher auf Trennung als auf Union gestanden.

C. Bilanz der Union

So stellt sich also die Frage: War das Zustandekommen der Union in diesem engen Zeitfenster für Schottland ein besonderer Glücksfall oder dummes Pech? War die Union für das Land und seine Menschen von Vorteil oder von Nachteil?

I. Einhaltung des Unionsvertrages

Betrachten wir zunächst die Umsetzung und Einhaltung des Unionsvertrages. Schottische Nationalisten beklagen häufig eine Vielzahl von Verletzungen des Vertrages.²⁵ Dabei wird man unterscheiden müssen:

Einerseits gab es im Laufe der Zeit Abweichungen vom Vertrag, die eher als Fortentwicklung oder Anpassung an veränderte Umstände zu werten sind denn als Verletzung und die teilweise auch einseitig zum Vorteil Schottlands erfolgten, beispielsweise die schrittweise Erhöhung der Zahl schottischer Abgeordneter im Unterhaus über die im Vertrag genannte Anzahl hinaus, wobei es allerdings fast 180 Jahre dauerte, bis eine dem schottischen Bevölkerungsanteil entsprechende Repräsentation erreicht wurde.²⁶ Da danach keine Anpassung mehr vorgenommen wurde, ist Schottland heute wegen seines seither schwächeren Bevölkerungszuwachses gegenüber England sogar, wie eingangs erwähnt, überrepräsentiert.

Es gab aber in der Tat auch Entwicklungen, die man wohl als echte Verstöße zumindest gegen den Geist des Unionsvertrages, wo nicht gegen den Buchstaben, werten muss. Der gravierendste dürfte im Bereich des Rechtswesens liegen. Nach den Artikeln XVIII bis XX des Vertrages ist ganz klar, dass das schottische Rechtswesen vom englischen getrennt erhalten bleiben sollte, und zwar das materielle Recht weitgehend, das Gerichtswesen vollständig. Was letzteres angeht, heißt es nach der ausdrücklichen Garantie des Fortbestehens unter anderem des obersten schottischen Zivilgerichts, des Court of Session "with the same authority and privileges as before", im Vertrag weiter, dass keine schottischen Rechtssachen erkannt werden dürfen vom englischen Court of Chancery, Queen's Bench, Common Pleas "or any other Court in Westminster Hall". In Westminster Hall tagten damals alle obersten englischen Gerichte. Nicht in Westminster Hall, sondern in einem anderen Raum des selben Gebäudekomplexes tagte das englische House of Lords, und dieses war, außer für die Peers die ihm angehörten, auch kein Gerichtshof. Im 17. Jahrhundert hatte sich aber in England die Praxis entwickelt, dass das House of Lords einzelne Petitionen gegen Gerichtsentscheidungen annahm und dann selbst über die Sache entschied. Ob das schottische Parlament zur Zeit der Union theoretisch eine ähnliche Entscheidungskompetenz hatte, ist streitig; es gab aber keine solche Praxis in Schottland. Schon bald nach Inkrafttreten der Union wandten sich nun Parteien, die vor dem Court of Session in Edinburgh unterlegen waren, an das House of Lords in London, und dieses nahm wiederholt solche Sachen an und entschied sie, trotz heftigen Protestes in Schottland. Auf diesen wurde keine Rücksicht genommen, und heute ist die weitere Revision vom Court of Session zum House of Lords etablierte Praxis. Dies ist misslich, nicht so sehr, weil es die "authority and privileges" des

Court of Session verkürzt, sondern vor allem, weil die Entscheidungen des House of Lords nicht nur für den jeweils entschiedenen Einzelfall, sondern in ihrer juristischen Aussage für alle nachfolgenden Entscheidungen der schottischen Gerichte als 'precedents' verbindlich sind. Zwar muss das House of Lords schottische Rechtssachen nach schottischem Recht beurteilen, nicht nach englischem, aber es saßen dort, wie schon erwähnt, gerade 16 schottische Peers, und ob unter diesen überhaupt ein Jurist war oder nicht, war eine Sache des Zufalls. Auch 1876, als die Rechtsprechungsfunktion des House of Lords vom Plenum auf sein Judicial Committee übertragen wurde, einem Ausschuss, der mit zu diesem Zweck geadelten Juristen besetzt ist, änderte sich die Situation insoweit nicht entscheidend, weil die schottischen Juristen immer eine kleine Minderheit blieben, die zu keiner Zeit für eine volle Richterbank in schottischen Fällen ausreichte; in den ersten 100 Jahren des Committees gehörten ihm insgesamt genommen ganze 11 schottische 'Law Lords' an. Die Urteile, auch die in schottischen Rechtssachen, ergingen daher - mal mehr, mal weniger - aus englischem Rechtsdenken heraus, und wegen der Bindungswirkung solcher Urteile wurden im Laufe der Zeit immer mehr englische Rechtselemente ins schottische Recht zwangsimpортиert, ob sie dorthinein passten oder nicht. Dies ist einer der Gründe, warum sich nach und nach der Charakter des schottischen Rechts, das ursprünglich den kontinentaleuropäischen Rechtsordnungen sehr nahe stand, änderte und es zu einem Zwitterwesen mit mittlerweile mehr englischen als kontinentaleuropäischen Zügen wurde.

Das Thema Unionsvertrag und Gerichtswesen ist übrigens plötzlich wieder ganz aktuell geworden: Letzte Woche hat die britische Regierung angekündigt, dass sie demnächst die rechtsprechende Funktion des House of Lords beenden und sein Judicial Committee durch einen neuen Supreme Court ersetzen will. Ob auch dieser englische und schottische Revisionen annehmen dürfte, oder wie er ausgestaltet sein müsste, damit er es dürfte, entwickelte sich in den letzten Tagen zum rechtspolitischen Top-Thema in Schottland.

Verlassen wir nun aber den Unionsvertrag und schauen wir uns noch kurz die Entwicklung auf einigen weiteren Feldern an. Zuerst zur politischen Entwicklung.

II. Entwicklung

1. Politische Entwicklung

Das schottische Parlament war trotz gelegentlicher Anläufe zur Bildung einer zweiten Kammer stets unikameral geblieben, und die Vertreter der Städte und Grafschaften hatten nur begrenzte Mitwirkungsmöglichkeiten; insgesamt ähnelte es eher dem englischen Oberhaus als dem englischen Unterhaus und wurde bis zuletzt mehr oder weniger vom Hochadel der Lowlands beherrscht. Die schottischen 'Commoners' waren aus dem politischen Leben weitgehend ausgeschlossen, bis die presbyterianische Kirche mit ihrer zeitweise mächtigen 'General Assembly' partiell ein Ersatzforum für das fehlende Unterhaus bot. Zwar war auch das englische Unterhaus im Jahre 1707 weit davon entfernt, eine Vertretung des ganzen Volkes im modernen Sinne zu sein, ermöglichte aber doch immerhin schon einem begrenzten Kreis städtischer Stimmbürger und Grundbesitzer aus den Grafschaften eine Mitwirkung am politischen Entscheidungsprozess in einem Maße wie er in Schottland noch nicht bestand. Die Aufnahme von 45 schottischen 'Commoners' in das nun britische Londoner Unterhaus bedeutete somit für Schottland einen Schritt in die politische Neuzeit, wenn auch nur einen kleinen: Im ärmeren Schottland hatten das ganze 18. Jahrhundert hindurch in allen seinen Grafschaften zusammengenommen nur gut zweieinhalbtausend Personen genügend Grundvermögen für das Unterhausstimmrecht und in den Städten, die Abgeordnete stellen konnten, war das Stimmrecht auf die Mitglieder des Rates beschränkt.²⁷ Erst mit der

sukzessiven Reduktion und schließlich Abschaffung der Besitzqualifikation für das Stimmrecht im 19. und 20. Jahrhundert geriet Schottland hier in den Gleichschritt mit England.

3. Wirtschaftliche Entwicklung

Wirtschaftlich ging es in Schottland nach der Union aufwärts. Nicht sofort – die schottische Wirtschaft war rückständig und unterkapitalisiert, und die Londoner Politik war noch weit davon entfernt, Schottland und England mit gleicher Rücksicht zu behandeln. So wurden für die für England wichtige Wolle Vergünstigungen beim Ausfuhrzoll beschlossen, für das für Schottland wichtige Leinen nicht; englische Kohle durfte abgabefrei nach Irland exportiert werden, schottische nicht²⁸. Aber allmählich wirkten sich die veränderten Umstände positiv aus. Vergleicht man den Stand des Jahres 1700 mit dem des Jahres 1800, so ist ein Wohlstandssprung auszumachen, nicht nur absolut, sondern auch relativ zu England. Das Wohlstandsgefälle verschwand nicht, es wurde aber geringer. Gründe dafür gab es mehrere und sie hatten durchaus mit der Union zu tun, direkt oder indirekt.

An erster Stelle steht der Freihandel: die Öffnung des englischen Marktes und die Handelsmöglichkeit mit den englischen Kolonien. Ab etwa der Mitte des 18. Jahrhunderts, nach einer gewissen Konsolidierung der schottischen Wirtschaft und dem Einströmen von englischem Kapital kam es zu einer wachsenden Integration von schottischer und englischer Wirtschaft, insbesondere bei den neuen Industrien, bei Kohle, Stahl und Schiffbau.²⁹

Eine zweite Voraussetzung für den Aufschwung der Wirtschaft war die Erzwingung des Friedens im Lande. Die endlosen Aufstände und Fehden hatten Schottland in der Vergangenheit nie zur Ruhe kommen lassen. Nach der erneuten Erhebung der Jakobiten 1745 riss der Regierung in London der Geduldsfaden, und sie war stark genug, wirksame Maßnahmen durchzusetzen. Die Highlands wurden entwaffnet, Militär wurde stationiert, Straßen wurden in abgelegene Gebiete gebaut – aus militärischen Gründen, aber es waren offene Straßen, und sie verbesserten die Infrastruktur des Landes beträchtlich.

Ein dritter Aspekt ist keine Folge der Union, erklärt aber den auffallenden Erfolg der Schotten bei der Wahrnehmung der sich durch die Union eröffnenden Chancen. Die Rede ist von der calvinistisch orientierten presbyterianischen Kirche. Wo sie konnte, führte sie ein strenges Regiment, lehrte Fleiß und Strebsamkeit, bekämpfte das Vergnügen und förderte das Lernen. Sie versuchte schon im 17. Jahrhundert, flächendeckend Grundschulen einzuführen, was nicht überall gelang, aber im 18. Jahrhundert konnten schon vergleichsweise viele Schotten lesen und schreiben, nicht nur die Oberschicht. Der Historiker John Mackie hat einmal die Subskriptionslisten der 2. Auflage des vielgelesenen Buches "Lives and Characters of the [Scottish] Heroes and Martyrs of the Reformation [...]" von 1791 ausgewertet. Die Besteller waren Schuhmacher, Maurer, Färber, Weber. Und wahrscheinlich war nur in Schottland im Kinderkatechismus das kleine Einmaleins zum Lernen abgedruckt.³⁰ Christliches und Nützliches, Hand in Hand. Zunehmend fanden sich überall im Empire Schotten, als Maschinisten und Brückenbaueingenieure, als Missionare, als mittlere Kolonialbeamte.

Natürlich gab es eine Kehrseite. Die Befriedung der Highlands mit harter Hand zerstörte das alte Sozialsystem. Wo nicht mehr gekämpft werden kann, braucht man keine Kämpfer; sie waren für die Clan-Chefs nur noch Kostgänger und wurden oft rücksichtslos vertrieben, um Platz zu machen für die Schafe, auf deren Wolle die aufstrebende Textilindustrie schon wartete. Diese Highland Clearances führten zu menschenleeren Hochlandregionen und gut gefüllten Auswandererschiffen. Ende des 19. Jahrhunderts gab es allein auf der Cape-Breton-

Insel im Osten Kanadas mehr gälisch Sprechende als in den ganzen schottischen Highlands.

3. Kulturelle Entwicklung

Ein ähnliches Doppelgesicht zeigt die kulturelle Entwicklung nach der Union. In den Lowlands blühten auf der Grundlage gesicherterer äußerer Umstände und wachsender Prosperität die Künste und Wissenschaften auf. Gingen zu Beginn des 18. Jahrhunderts junge Schotten an die Universitäten von England oder Holland, wenn sie eine taugliche medizinische Ausbildung erhalten wollten, so waren es Ende des Jahrhunderts die Absolventen der Universität Edinburg, die als Leibärzte an europäischen Höfen wirkten.³¹ Philosophen, Künstler, Erfinder machten sich einen Namen. Es ist die Zeit der schottischen Philosophenschule, der Edinburger Aufklärung, die Zeit von Adam Smith und David Hume, von Robert Burns und Walter Scott, von James Watt und der Dampfmaschine oder John McAdam und dem 'Makadam'.

Es ist allerdings auch die Zeit derjenigen Maßnahmen, die mehr als alle anderen noch im heutigen Schottland und auch in den Landesteilen, die damals gar nicht davon betroffen waren, in der Volkserinnerung ein Grundgefühl historischer Unterdrückung hinterlassen haben. Nach dem letzten Aufstand der Jakobiten wurden die Highlands nicht nur entwaffnet, es wurde auch gezielt die alte Kultur zerstört. Durch Abschaffung der sogenannten 'heritable jurisdiction' wurden alte Rechtsbindungen in den Clans beendet. Im Proscription Act von 1747 wurde selbst das Tragen von Plaid, Kilt oder Tartan unter drakonische Strafen gestellt: sechs Monate Gefängnis beim ersten Verstoß, Deportation in die Kolonien beim zweiten. Nicht zutreffend ist allerdings die oft zu lesende Behauptung, dieses Gesetz habe auch das Spielen des Dudelsacks und das Lehren oder gar das Sprechen der gälischen Sprache verboten. Das Gesetz schweigt zu diesen Themen; es war bei seiner Anwendung vor Ort, dass zuweilen der Dudelsack unter die Kriegswaffen gezählt und damit als verboten behandelt wurde. Und die gälische Sprache wurde staatlicherseits nicht verboten, sie litt an einer Politik der bewussten Vernachlässigung. Es gab keine Lehrerausbildung und bis Ende des 19. Jahrhunderts keinerlei Schulbücher in dieser Sprache, und die Einführung der allgemeinen Schulpflicht war mit Englisch als alleiniger Unterrichtssprache verbunden. Der aktive Kampf gegen das Gälische wurde anderen überlassen, etwa der rührigen "Society for the Propagating of Christian Knowledge".

4. Psychologische Entwicklung, Geschichtsbild

Das erwähnte Grundgefühl historischer Unterdrückung hat sich bei vielen Schotten in ein Geschichtsbild verfestigt, wonach Schottland in neuerer Zeit vielleicht nicht mehr gerade als unterdrückt angesehen wird, wohl aber als permanent zurückgesetzt und weniger geachtet und beachtet. An Beispielen dafür mangelt es nicht:

Wenn die heutige Königin Elisabeth als 'Elisabeth II.' firmiert, stellt sie sich historisch verfehlt in die Tradition allein des englischen Königreiches, denn nur dort, nicht aber in Schottland, hat es schon einmal eine Königin Elisabeth gegeben. Für den neuen, gemeinsamen Staat ist die jetzige Elisabeth die erste Königin dieses Namens. Die Festlegung der Bezeichnung "Elisabeth II." war 1953 vermutlich nicht einmal eine bewusste Böswilligkeit gegenüber Schottland gewesen. In London dürfte einfach kein Mensch daran gedacht haben, dass britische Geschichte nicht identisch ist mit englischer Geschichte. Man darf gespannt sein, für welches Numeral sich der Prinz von Wales einmal entscheiden wird,

denn die Denkweise, die zur Bezeichnung 'Elisabeth II.' führte, ist noch nicht verschwunden. Erst vor wenigen Wochen war in einem populären Fernsehquiz der BBC für die Frage nach dem letzten englischen König die Antwort 'Georg VI.' als richtig vorgesehen, also der Vater der jetzigen Elisabeth.³² Dieser war aber der letzte britische König; der letzte englische König liegt schon einige Jahrhunderte zurück.

Ähnlich verhält es sich, wenn selbst in angesehenen Lexika und juristischen Lehrbüchern von "dem" Act of Union (im Singular) die Rede ist, dem englischen natürlich, der die Union herbeigeführt habe³³, statt auf die beiden Acts of Union zu verweisen, durch den der Unionsvertrag in den zwei Ländern jeweils ratifiziert wurde.

Das anglozentrische Geschichtsbild, das hinter alledem steht, kommt nicht von ungefähr. Es ist das Geschichtsbild der herrschenden britischen Geschichtsschreibung. Die bedeutenden und meinungsbildenden britischen Geschichtswerke vom Beginn der Union an bis weit ins 20. Jahrhundert hinein sind fast ausnahmslos anglozentrisch ausgerichtet, manche in so extremem Maße³⁴, dass ein unbefangener Leser annehmen müsste, eine schottische oder auch irische Geschichte habe es in der Zeit vor der Union gar nicht gegeben. Allein die englische Geschichte wird berücksichtigt, die mit der Union dann nahtlos als britische Geschichte fortgesetzt dargestellt wird. Zuweilen ist es noch heute so. Selbst in der neuesten Auflage der 'Oxford History of Britain' aus dem Jahre 1999 werden etwa im Kapitel über das 16. Jahrhundert interne Geschehnisse in Schottland mit keinem einzigen Wort erwähnt, ausführlichst werden aber natürlich die internen Geschehnisse in England behandelt. Und noch in der 15. Auflage der Encyclopaedia Britannica steht zu lesen, dass anlässlich der Union 45 Schotten ins englische Unterhaus aufgenommen wurden.

Dies war das Geschichtsbild der Londoner meinungsbildenden Kreise. Wir finden es auf allen Ebenen, vom Monumentalwerk Edward Gibbons bis zur weit verbreiteten Geschichte für Kinder von Charles Dickens. Das wirklich Bemerkenswerte aber ist, dass die schottische intellektuelle Elite des 18. und 19. Jahrhunderts das anglozentrische Geschichtsbild vollkommen angenommen und übernommen hat. Im gewaltigen achtbändigen Geschichtswerk des Schotten David Hume etwa ist von der angelsächsischen Landnahme und von Hengist und Horsa in allen Einzelheiten die Rede; die Pikten, die Scoten oder die Briten von Galloway dagegen bleiben beim Thema der Besiedlung von Schottland unerwähnt. Die schottische Vergangenheit erschien im anglobritischen Staat als Peinlichkeit, über die man als Schotte nach Möglichkeit nicht sprach und für die man als Engländer keinerlei Interesse hatte. Norman Davies weist darauf hin, dass der Lebensweg von Maria Stuart, einer der ergiebigsten europäischen Dramenstoffe überhaupt, in den 250 Jahren nach ihrem Tod in nahezu jeder der großen europäischen Nationalliteraturen von bedeutenden Autoren³⁵ aufgegriffen und literarisch verarbeitet wurde - außer in England und Schottland.³⁶ Schillers 'Maria Stuart' erlebte ihre erste Aufführung in Großbritannien im Jahre 1958!³⁷

III. Fazit

Was ist das Fazit aus alledem? Die Highland Clearances bleiben ein dunkles Kapitel in der schottischen Geschichte. Davon abgesehen brachte die Union dem Land im 18. Jahrhundert einen gewaltigen Schub.

Den größten Vorteil hatte die alte Oberschicht, die adligen Grundbesitzer der Lowlands, zu denen nun auch die Clan-Chefs der Highlands stießen, die sich rasch anglisierte und in London, im Zentrum einer Weltmacht, an einem viel größeren Spiel teilnehmen konnte, politisch wie ökonomisch, als das im unbedeutenden Schottland möglich gewesen wäre. Die

Mittelschichten profitierten vom wachsenden Wohlstand, vom aufblühenden kulturellen Leben und von den Chancen im Empire, in dem die vergleichsweise gut ausgebildeten Schotten sich gut behaupten konnten. Auch für die Unterschichten, soweit sie nicht mehr oder weniger freiwillig die Unterdecks der Auswandererschiffe bevölkerten, gab es langsam stabilere Verhältnisse. Hungersnöte wurden seltener. Die schlimme Kartoffelfäule, die in Irland noch Mitte des 19. Jahrhunderts zur Katastrophe wurde, brach auch in Schottland aus, hatte aber in einer diversifizierteren und industrialisierteren Wirtschaft nicht die gleichen verheerenden Folgen.

Der Aufschwung des 18. Jahrhunderts hielt aber nicht an. Je länger je mehr machten sich die nachteiligen Folgen der Union bemerkbar in einem Land, das zur abgelegenen Provinz geworden war. In einem hoch zentralisierten Staat wie dem Vereinigten Königreich, in dem es zwischen der allzuständigen Zentrale London und der kommunalen Ebene keine Zwischenstufen gibt, keine Subzentren mit einigermaßen breiter Zuständigkeit, ist der Verlust erst des Hofes, dann des Parlamentes, der Regierung und der Verwaltung, nicht wett zu machen. Es bedeutete zugleich das 'Aus' für Scots als eigenständiger Sprache. Als Sprache des Hofes, als Gesetz- und Verwaltungssprache eines unabhängig gebliebenen Schottlands, wäre es vermutlich eine dem Englischen nahe verwandte, aber separate Hochsprache geblieben, ein wenig vergleichbar vielleicht dem Verhältnis von Norwegisch zu Dänisch nach dem Ende der Union dieser beiden Staaten. Jakob VI., der erste schottische König, der nach London zog, hatte vor seiner Abreise den Edinburger Bürgern voll guter Vorsätze noch versprochen, er werde jedes dritte Jahr nach Schottland zurückkehren. Tatsächlich kam er in den 22 Jahren seiner weiteren Regierungszeit noch genau einmal nach Schottland.³⁸ Und zwischen 1651 und 1822 kam überhaupt keiner der britischen Monarchen nach Schottland, 170 Jahre lang. Die Ehrgeizigen, die Aufstrebenden, gingen nach London, die Tüchtigsten wurden von London geholt. Oft wurde seither auf die relativ vielen Schotten in Londoner Spitzenpositionen hingewiesen, bis hin zur jetzigen Regierung, auch als weiteres Argument dafür, dass die Schotten die wahren Nutznießer der Union seien. So erfreulich solche Karrieren aber für die betreffenden Personen waren – Schottland hatte nichts davon. Nach zwei, drei Generationen waren englische Familien daraus geworden. Brain Drain heißt das moderne Wort dafür.

Aufschlussreich ist die demographische Entwicklung. Über Jahrhunderte hinweg lagen die Einwohnerzahlen von Schottland relativ stabil bei knapp 20 % der englischen Zahlen. Nach der Union stieg der schottische Anteil leicht an, seit Anfang des 19. Jahrhunderts geht er beständig zurück und ist nun bei unter 10 % angekommen,³⁹ während Irland nebenan, das klassische Auswanderungsland schlechthin, mittlerweile wachsende Bevölkerungszahlen verzeichnet. Die Republik Irland, eines der dynamischsten Länder Europas in den letzten Jahrzehnten, ist auch ein gutes Beispiel dafür, wie durch eine neue Weltlage die Karten neu gemischt werden. Musste früher zur Gewinnung eines größeren Marktes die Fläche eines nationalen Marktes erweitert werden – so wie in der schottischen Union mit England – so ist dies in einem Europa der offenen Grenzen und des Freihandels nicht mehr erforderlich. Ökonomisch ist es kein Nachteil mehr, ein kleines Land zu sein. Politisch, psychologisch, vielleicht auch kulturell, ist es zum Vorteil geworden.

Ich meine daher, dass alles in allem und per Saldo für Schottland die Union im 18. und wohl auch im 19. Jahrhundert ein positiver Faktor war, während sie im 20. und perspektivisch für das 21. Jahrhundert eher von Nachteil ist.

Prof. Dr. Helmut Weber

Anmerkungen:

- ¹ Scottish Separatist Group ("Comunn Dealachadh na h-Alba"), Presseveröffentlichung vom 14. September 2001, zustimmend zu einem Schreiben der Russian Maoist Party, Dar Zhutayev, 11. September 2001: <http://www.rmp.maoism.ru/english/internat/ssg-pr.htm>; www.rmp.maoism.ru/english/index.html ("William Go Home").
- ² Lord Cranborne (Robert Michael James Gascoyne-Cecil), *Right Now!*, Nr. 39, März/April 2003, S. 5; *Scotland on Sunday*, 6.4.2003.
- ³ *Poll Tax* (Kopfsteuer) – die populäre Bezeichnung für die sehr unpopuläre *Community Charge*, eine 1989 in Schottland und 1990 in England und Wales eingeführte Kommunalsteuer, 2003 ersetzt durch die *Council Tax*.
- ⁴ In England sind alle Brücken, die vorgelagerte Inseln mit dem 'Mainland' verbinden, aus allgemeinen Steuermitteln finanziert worden und können gebührenfrei befahren werden; in Schottland ist die wichtige Skye Bridge mautpflichtig, weil private Investoren bedient werden müssen.
- ⁵ House of Commons Library, Research, bei Annahme einer 90 % zu 10 % - Aufteilung des Nordseeöls zwischen Schottland und England, zit. nach *Economist*, 14.1.1999.
- ⁶ Timothy Edmonds, Research Paper 01/108 v. 30.11.2001, House of Commons Library, Economic Policy & Statistics Sector.
- ⁷ Vgl. Norman Davies, *The Isles*, London 1999, S. 289. Die sechs Gruppen: Pikten, Scoten, Briten (Galloway), Angelsachsen (Northumbria und Lothian), Wikinger, Normannen.
- ⁸ Davies (Anm. 7), S. 354.
- ⁹ Margaret Drabble [Ed.], *The Oxford Companion to English Literature*, 5. Aufl., Oxford 1985, Appendix III – *The Calendar*, S. 1126; Davies (Anm. 7), S. 536.
- ¹⁰ Davies (Anm. 7), S. 444.
- ¹¹ Lord Cranborne, (Anm. 1), S. 5.
- ¹² John Prebble, *The Lion in the North*, London 1971 (1986), S. 276.
- ¹³ Davies (Anm. 7), S. 377
- ¹⁴ Prebble (Anm. 12), S. 284
- ¹⁵ Davies (Anm. 7), S. 694
- ¹⁶ John Duncan Mackie, *A History of Scotland*, Harmondsworth 1964 (1970), S. 254 f.
- ¹⁷ Davies (Anm. 7), S. 675; Mackie (Anm. 16), S. 255.
- ¹⁸ Prebble (Anm. 12), S. 283; Davies (Anm. 7), S. 678.
- ¹⁹ Mackie (Anm. 16), S. 275.
- ²⁰ Davies (Anm. 7), S. 680; John Prebble, *The Darien Disaster*, London 1968 ***.
- ²¹ Davies (Anm. 7), S. 691; www.forScotland.com/aou.html.
- ²² Mackie (Anm. 16), S. 261.
- ²³ Neal Ascherson, *Observer*, 4.10.1999; nach anderen Angaben soll der Satz bei der Unterzeichnung relevanter Dokumente durch Seafield gefallen sein: Mackie (Anm. 16), S. 262.

²⁴ Davies (Anm. 7), S. 622.

²⁵ Außer den im Text angesprochenen insbesondere: Poll Tax; Steuer of Whisky; Wehrpflicht; Reform des House of Lords (16 schottische Peers); Patronage Act; Rechte der Royal Burghs; Abschaffung der 'Heritable Jurisdiction'; englisches 'Law of Treason'.

²⁶ 1832: + 8 → 53, 1867: + 7 → 60, 1885: +12 → 72 (Mackie [Anm. 16], S. 326, 332 f).

²⁷ Mackie (Anm. 16), S. 280 f.

²⁸ Prebble (Anm. 12), S. 288.

²⁹ Mackie (Anm. 16), S. 288.

³⁰ Mackie (Anm. 12), S. 285, 300.

³¹ Mackie (Anm. 12), S. 302.

³² Scotsman, 17.3.2003.

³³ Z.B.: Wade and Phillips, Constitutional Law, 8. Aufl., 1970, S. xi (Jahr), S. 469 (Singular)

³⁴ Siehe dazu und zum Folgenden Davies (Anm. 7), S. 214 mwN.

³⁵ Außer Friedrich Schiller z.B. noch: Adrian de Roulers, Carlo Ruggiero, Federico della Valle, Joost van den Vondel, Antoine de Montchrestien, Felix Lope de Vega Carpio, M. Regnaults, J. Riemer, A. von Haugwitz, Vittorio Alfieri, Julius Slowacki., Pierre Lebrun.

³⁶ Davies (Anm. 7), S. 526 f.

³⁷ Davies (Anm. 7), S. 527.

³⁸ Prebble (Anm. 12), S. 232.

³⁹ Volkszählung 2001: Schottland 5,06 Millionen Einwohner, England und Wales 52,04 Millionen; Colin McEvedy / Richard Jones: Atlas of World Population History, Harmondsworth 1978, S. 43, 47.